

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Vorwort</i>	VII

Teil 1

Einführung in die Problematik

A. Einleitung	1
B. Die Bedeutung der dogmatischen Einordnung der Pflichtwidrigkeit	4
I. § 266 als „gesetzlicher Tatbestand“ (§ 16 Abs. 1)	4
II. § 266 als „Garantietatbestand“ (Art. 103 Abs. 2 GG)	7
C. Grundlagen	8
I. Der Tatbestand der Untreue, § 266 Abs. 1	8
II. Begriffsbestimmung	11
1. Blankettmerkmale	11
2. Normative Tatbestandsmerkmale	12
3. Gesamttatbewertende Merkmale	13
D. Verlauf der Untersuchung	14

Teil 2

Abgrenzung von Tatbestands- und Verbotsirrtum

A. Die Vorsatzmodelle beim Pflichtwidrigkeitsmerkmal	18
I. Formale Abgrenzung der Vorsatzmodelle	20
1. Kompetenzsprung als Abgrenzungskriterium	20
2. Ort der Rechtsquelle	22
a) Die reichsgerichtliche Irrtumsrechtsprechung	22
b) Die Substituierbarkeitsthese	25
3. Art der Verweisung	30
a) Ausdrückliche und konkludente Verweisungen	30
b) Statische und dynamische Verweisungen	32
4. Zwischenergebnis	35
II. Materielle Abgrenzung der Vorsatzmodelle	35
1. Die Lehre vom Regelungseffekt	36
2. Die verhaltensnormenvermittelnde Eigenschaft des Verweisungsmerkmals	40

a) Die Auswahl des Vorsatzmodelles als rechtspolitische Entscheidung	41
b) Das Irrtumskonzept der Schuldtheorie	42
c) „Schutzrichtungsidentität“ der Ausführungsvorschrift ...	44
III. Zwischenergebnis	46
B. Bestimmung der untreuerheblichen Verhaltensnorm	47
I. Verhaltensnorm und Verhaltenspflicht	47
II. Bestimmung der Verhaltensnorm nach Binding und Puppe	49
III. Teleologische Bestimmung der Verhaltensnorm	52
1. Das allgemeine Schädigungsverbot als Verhaltensnorm	53
2. Folgerungen für den Pflichtwidrigkeitsvorsatz	58
IV. Zur Akzessorietät des § 266	60
V. Zwischenergebnis	62

Teil 3

Der Vorsatzgegenstand der Pflichtwidrigkeit

A. Der Vorsatzgegenstand bei verhaltensnormenvermittelnden Merkmalen	66
I. Legitimität der Appellfunktion des Tatbestandsvorsatzes	66
II. Der „Experte“ als Maßstabsfigur des Unrechtsappells	70
B. Vorsatzgegenstand der Verweisungsobjekte in § 266	73
I. Verweisung auf gesetzliche Vermögensbetreuungspflichten	73
II. Verweisung auf rechtsgeschäftliche Vermögensbetreuungs- pflichten	74
1. Unkenntnis von Existenz und Inhalt der rechtsgeschäftlichen Pflicht	77
2. Wiederholung gesetzlicher Pflichten durch Rechtsgeschäft ..	79
3. Wiederholung elementarer gesellschaftlicher Pflichten	81
III. Verweisung auf Vermögensbetreuungspflichten aus behördlichem Auftrag und Treueverhältnis	82
C. Zwischenergebnis	82

Teil 4

Verfassungsrechtliche Probleme des Pflichtwidrigkeitsmerkmals

A. Verweisungen im verfassungsrechtlichen Sachzusammenhang	85
B. Der Verweis auf Vermögensbetreuungspflichten anderer Instanzen	88

I. Vorüberlegungen	89
II. Rechtsgeschäftliche Vermögensbetreuungspflichten	91
III. Vermögensbetreuungspflichten aus ausländischen Gesetzen	93
IV. Zwischenergebnis	96
C. Der Verweis auf unbestimmte Vermögensbetreuungspflichten	97
I. Vorüberlegungen	97
1. Die Schwierigkeit einer „optimalen“ Tatbestandsfassung des § 266	100
2. Die Blanketteigenschaft des § 266 als legislatorischer Kompromiss	104
II. Folgerungen für den Tatbestand des § 266	108
1. Sicherstellung der gesetzlichen Bestimmtheit auf objektiver Tatbestandsseite	109
a) Erfordernis einer gravierenden Pflichtverletzung	109
b) Kriterium der Vertretbarkeit und Evidenz	111
aa) Problem der Auslegungskompetenz des Strafrichters	112
bb) Probleme bei der Feststellung objektiv-„evidenter“ Pflichtverstöße	113
2. Sicherstellung der gesetzlichen Bestimmtheit auf subjektiver Tatbestandsseite	117
a) Viktimodogmatische Betrachtung unbestimmter Verhaltensgebote	118
b) Unbestimmte Verhaltensgebote als tatbewertende Merkmale	120
c) Sichere Kenntnis vom Pflichtverstoß	122
d) Einwände gegen das Erfordernis sicherer Kenntnis vom Pflichtverstoß	123
3. Schutzniveau des subjektiven Restriktionsansatzes	125
III. Zwischenergebnis	127
IV. Zusammenfassung	128
<i>Literaturverzeichnis</i>	133
<i>Stichwortverzeichnis</i>	147